

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 8. Juli 2010

Zurück zur 40-Stunden-Woche

In Westdeutschland arbeiten wieder mehr Vollzeitbeschäftigte 39 oder 40 Stunden pro Woche. Ende 2005 waren es noch weniger als 20 Prozent aller Arbeitnehmer, im Dezember 2009 schon mehr als 28 Prozent. In der Bauwirtschaft sowie zum Teil im Öffentlichen Dienst und in einigen Handwerken gilt seit 2005 tarifvertraglich wieder die 40-Stunden-Woche. Im Durchschnitt aller Branchen kommen die Westdeutschen auf 37,4 Stunden, die Ostdeutschen auf 38,8. Dort ist das durchschnittliche Wochenpensum in den vergangenen Jahren leicht gesunken, weil mehr Men-

schen in Branchen mit geringeren Arbeitszeiten tätig sind. Noch in den 1950er Jahren forderten die Gewerkschaften unter dem Motto „Samstags gehört Vati mir“ eine Begrenzung der Wochenarbeitszeit auf 5 Tage à 8 Stunden. Das gelang als Erstes 1956 in der Zigarettenindustrie. In den 1960er Jahren folgten die Druck-, die Metall- und Elektro-Industrie sowie die Bauindustrie. Etwa 20 Jahre später wollten die Gewerkschaften sogar die 35-Stunden-Woche durchsetzen, die es noch heute in der Druck- und der Metall- und Elektro-Industrie gibt.

In dieser Woche

Kalte Progression: Je höher das Einkommen, desto höher die Einkommenssteuer. Was gerecht klingt, ist es in der Praxis aber nur bedingt: Denn das progressive Steuersystem sorgt dafür, dass Lohnzuschläge häufig zu Realeinkommensverlusten bei den Arbeitnehmern führen. Seite 2

Der Arbeitsmarkt: In den vergangenen drei Jahren entwickelte sich die Zahl der Arbeitslosengeld-II-Empfänger höchst unterschiedlich. In manchen Kommunen sank die Quote um 25 Prozent und mehr, in anderen stieg sie um bis zu 20 Prozent. Vor allem in Ostdeutschland war die Entwicklung häufig positiv. Seite 3

Lohnstückkosten: Dass in der Bundesrepublik trotz Wirtschaftskrise vergleichsweise wenige Jobs wegfielen, hat einen Preis: Die Lohnstückkosten sind rezessionsbedingt um 16 Prozent gestiegen. Doch höhere Kosten gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Unternehmen. Seite 4-5

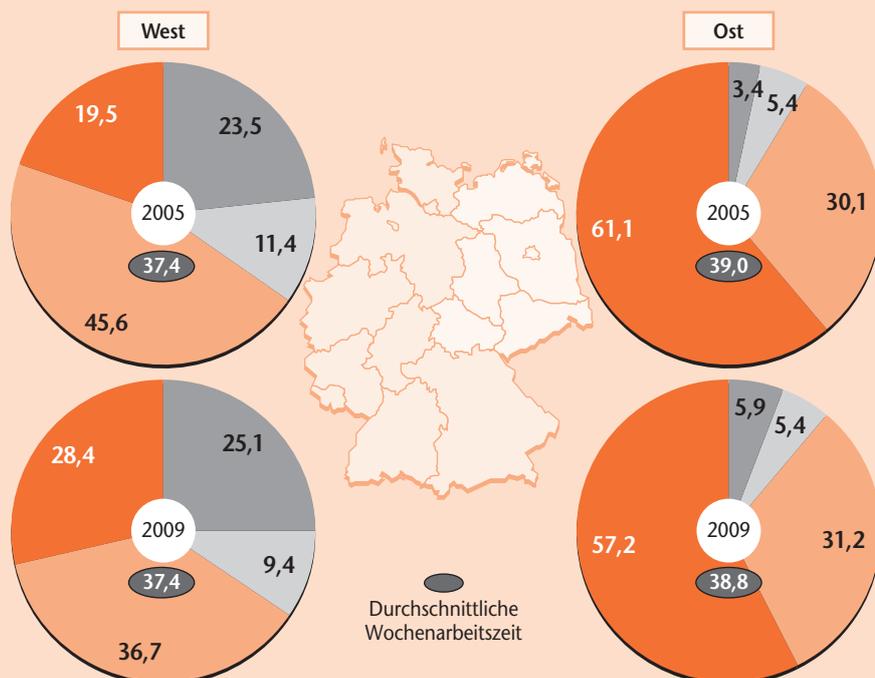
Tourismus: Die Krise hat auch den Reisemarkt erfasst – so packten im vergangenen Jahr weltweit 40 Millionen Menschen weniger ihre Koffer als im Jahr 2008. Fast alle Ferienländer verbuchten weniger Gäste, auch Deutschland. Nach wie vor sind die Bundesbürger aber Reiseweltmeister. Seite 6-7

Agrarpolitik: Nach fast 20 Jahren endet der längste Handelsstreit der Nachkriegszeit: Europa senkt die Importzölle für Bananen aus Lateinamerika. Von der neuen Marktordnung dürften auch die Verbraucher profitieren – denn der Preis für die Vitaminbomben aus dem Süden wird wohl sinken. Seite 8

Arbeitszeit im Westen häufig wieder länger

So viel Prozent aller Vollzeitbeschäftigten arbeiteten laut Tarifvertrag ... Stunden

▲ ... bis zu 35 ▲ ... 36 bis 37 ▲ ... 37,5 bis 38,5 ▲ ... 39 bis 40



Differenz zu 100: keine Angabe

Quelle: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Kalte Progression

Heimliche Steuererhöhung

Jeder Prozentpunkt Inflation kostet einen Arbeitnehmer sogar dann 50 Euro an Kaufkraft, wenn ihm sein Arbeitgeber einen Lohnzuschlag gewährt, der den Anstieg der Verbraucherpreise ausgleicht. Dafür sorgt das progressive Einkommenssteuersystem. Dieser Effekt ließe sich verhindern, indem der Staat den Steuertarif regelmäßig an die Preisentwicklung anpassen würde.

In einem progressiven Steuersystem steigen die Steuersätze mit dem Einkommen an. Der Eingangssteuersatz beträgt für einen Single 14 Prozent bei einem zu versteuernden Einkommen von 8.004 Euro im Jahr und der Spitzensatz 42 Prozent bei einem Verdienst von mehr als 52.881 Euro. Hinzu kommt die Reichensteuer, wodurch der Höchstsatz auf 45 Prozent klettert. Dies trifft allerdings nur denjenigen, der ein Einkommen von mehr als 250.730 Euro jährlich hat.

Was viele nicht wissen: Jeder verdiente Euro unterliegt einem anderen Steuersatz. Je mehr man verdient, desto höher wird der letztverdiente Euro besteuert – mit dem sogenannten Grenzsteuersatz. Demnach ist der 8.004-te Euro eigentlich mit 14 Prozent zu versteuern, die Steuerschuld beträgt aufgrund des gleich hohen Grundfreibetrags aber null. Der 8.005-te Euro ist dann mit

14,002 Prozent zu versteuern, der 8.006-te mit 14,004 Prozent und so weiter.

Bei steigenden Grenzsteuersätzen nimmt automatisch auch der Durchschnittssteuersatz zu. Er gibt an, welcher Anteil vom Einkommen insgesamt an den Staat abzuführen ist. So hat z.B. ein Single bei einem zu versteuernden Einkommen von 20.000 Euro einen Grenzsteuersatz von 27 Prozent, eine Steuerschuld von 2.701 Euro und damit einen Durchschnittssteuersatz von 13,5 Prozent. Bei einem zu versteuernden Einkommen von 60.000 Euro beträgt der Grenzsteuersatz schon 42 Prozent, die Steuerschuld 17.028 Euro und der Durchschnittssteuersatz 28,4 Prozent.

Dass die Leistungsfähigeren mehr an den Fiskus abführen als weniger Betuchte, ist politisch gewollt: Der Gesetzgeber entscheidet mit der Festlegung des Tarifs letztlich, wie viel höher die Belastung sein soll.

Anders sieht dies bei Gehaltserhöhungen aus. Meist gleicht zumindest ein Teil des zusätzlichen Einkommens nur die Inflation aus. Wenn die Steuerpflichtigen aber nur ein nominal höheres Einkommen ohne mehr Kaufkraft haben, dürfte der Steuersatz eigentlich nicht steigen. Ansonsten erleiden die Betroffenen durch heimliche Steuererhöhungen einen

schleichenden Realeinkommensverlust. Wie hoch die realen Einkommenseinbußen sind, hängt von der Teuerungsrate ab. Die Faustformel lautet (Grafik):

Für einen Facharbeiter mit einem zu versteuernden Einkommen von jährlich 37.500 Euro – das entspricht einem Gehalt von rund 44.100 Euro – bedeutet jeder Prozentpunkt Inflation momentan einen Realeinkommensverlust von fast 50 Euro.

Dieser Realeinkommensverlust ergibt sich folgendermaßen: Der Single hat im Ausgangsjahr ein zu versteuerndes Einkommen von 37.500 Euro und zahlt darauf 8.119 Euro Einkommenssteuer. Netto bleiben ihm 29.381 Euro. Im darauffolgenden Jahr steigen die Preise um 2 Prozent und sein zu versteuerndes Einkommen nimmt um genau den gleichen Prozentsatz zu. Es beträgt dann 38.250 Euro.

Davon muss er aber 8.382 Euro Einkommenssteuer abführen. Netto bleiben ihm 29.868 Euro. Das sind nominal 487 Euro mehr als im Vorjahr. Es ist aber noch zu berücksichtigen, dass die Preise um 2 Prozent gestiegen sind. Real, also in konstanten Preisen, hat der Steuerpflichtige nur ein Nettoeinkommen von 29.282 Euro. Er hat demnach 99 Euro an Kaufkraft verloren.

Diesen Kaufkraftverlust sollte der Staat regelmäßig ausgleichen, indem er die Einkommensgrenzen des Einkommenssteuertarifs um die Inflationsrate erhöht. Aktuell hat die Bundesregierung für einen solchen Ausgleich gesorgt. Im Konjunkturprogramm II sind für 2009 und 2010 leichte Anhebungen der Einkommensgrenzen enthalten. Den Grundfreibetrag hat die Bundesregierung für beide Jahre um gut 2 Prozent angehoben, was die Inflation hinreichend ausgleicht.

Auch das Einkommen, ab dem der Spitzensatz gilt, wurde von 52.152 Euro im Jahr 2008 in zwei Schritten bis 2010 um insgesamt 730 Euro erhöht.

Kalte Progression: Mehr Gehalt – weniger Kaufkraft

Weil das Steuersystem die Inflation nicht berücksichtigt, steigt mit jeder nominalen Erhöhung des Bruttolohns auch die Einkommenssteuer, und zwar stärker als das Einkommen selbst. Dieser Effekt – kalte Progression genannt – sorgt dafür, dass der Warenkorb, den man sich mit seinem Gehalt leisten kann, jedes Jahr etwas kleiner wird.

Berechnungen für einen Single in Euro	wenn die Inflation und der Gehaltsanstieg 1 Prozent betragen		wenn die Inflation und der Gehaltsanstieg 2 Prozent betragen		wenn die Inflation und der Gehaltsanstieg 3 Prozent betragen	
	Jahr 1	Jahr 2	Jahr 1	Jahr 2	Jahr 1	Jahr 2
Zu versteuerndes Einkommen	37.500	37.875	37.500	38.250	37.500	38.625
Einkommenssteuer	8.119	8.250	8.119	8.382	8.119	8.515
Nettoeinkommen	29.381	29.625	29.381	29.868	29.381	30.110
Preisbereinigtes Einkommen	29.381	29.332	29.381	29.282	29.381	29.233
Realeinkommensverlust		-49		-99		-148

© 2010 IW Medien - iwd 27

Arbeitslose: Drei Formen der Betreuung



Zwischen 2007 und 2010 hat sich die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld-II (ALG II) bundesweit höchst unterschiedlich entwickelt. In manchen Kommunen stieg die Zahl der Hilfebedürftigen um 10 bis 20 Prozent, in anderen Regionen sank sie um 25 Prozent und mehr. Vor allem in Ostdeutschland war die Entwicklung vielerorts positiv.

Ob Geld, Trainingsmaßnahmen oder Unterstützung bei der Kinderbetreuung – die Liste der möglichen Leistungen für Arbeitslosengeld-II-Empfänger gilt bundesweit. Unterschiede gibt es allerdings in puncto Ansprechpartner: Je nachdem, wo ein Hilfeempfänger wohnt, ist meist die „ARGE“ Anlaufstelle, bei der Arbeitsagentur und Kommune auf vertraglich festgelegte Weise zusammenarbeiten, oder die „Optionskommune“, wobei die Gemeinde oder die Stadt die Betreuung in Eigenregie übernimmt. Bei der dritten Variante wiederum, der „getrennten Trägerschaft“, kooperieren Arbeitsagentur und Kommune freiwillig.

Entgegen aller Theorie hat sich in der Vergangenheit vor allem letzteres Modell als recht erfolgreich erwiesen: In Regionen mit dieser Betreuungsform sank die Zahl der Hilfeempfänger zwischen Januar 2007 und Januar 2010 im Schnitt um 10,9 Prozent. Bei Kommunen, die das ARGE-Prinzip praktizieren, verringerte sich die ALG-II-Quote im selben Zeitraum um 7,4 Prozent und in den Optionskommunen sogar nur um 6,9 Prozent. So waren unter den bundesweit zehn Regionen, in denen in den vergangenen drei Jahren die Zahl der Hilfebedürftigen am kräftigsten stieg, allein vier Optionskommunen.

Eine Ursache für das relativ schlechte Abschneiden der Optionskommunen dürfte sein, dass viele von der Rezession besonders hart getroffen wurden. In Tuttlingen etwa sank die Zahl der ALG-II-Empfänger zwischen 2007 und 2008 um 2 Prozent, bevor sie im Zuge der Krise im Jahr 2009 um 22 Prozent answoll.

Der Arbeitsmarkt

Arbeitslosigkeit: Die stärksten Ausschläge

In diesen Kommunen ist die Zahl der Arbeitslosengeld-II-Empfänger zwischen Januar 2007 und Januar 2010 ..., in Prozent

Betreuungsart: **A** ARGE **O** Optionskommune

... am stärksten gesunken

A	Rhön-Grabfeld	-35,0
A	Rügen	-32,6
O	Döbeln	-26,8
A	Bad Doberan	-26,3
A	Niederschlesischer Oberlausitzkreis	-26,3
A	Donau-Ries	-25,8
A	Nordvorpommern	-25,3
A	Cham	-25,2
A	Pfaffenhofen	-24,9
O	Kamenz	-24,6

... am stärksten gestiegen

O	Tuttlingen	19,9
A	Pforzheim, Stadt	10,6
O	Main-Taunus-Kreis	8,6
A	Göppingen	7,2
O	Kleve	7,0
O	Wiesbaden	7,0
A	Garmisch-Partenkirchen	6,7
A	Worms (Stadt)	6,6
A	Osnabrück (Stadt)	6,3
A	Neu-Ulm	6,2

ARGE: Arbeitsagentur und Kommune arbeiten bei der Betreuung der Arbeitslosengeld-II-Empfänger vertraglich festgelegt zusammen; Optionskommune: Die Kommune übernimmt die Betreuung der Arbeitslosengeld-II-Empfänger in Eigenregie
 Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

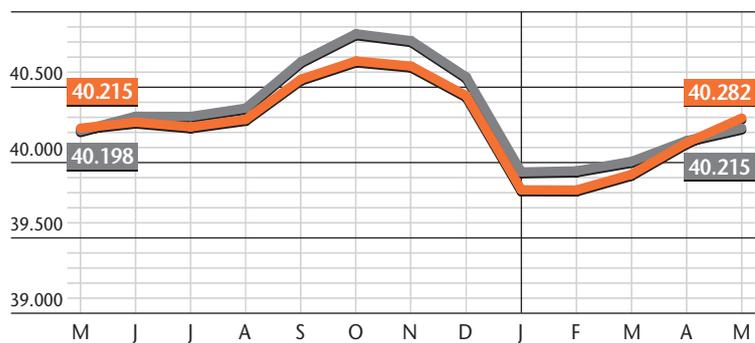
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien · iwd 27

Beschäftigung

Erwerbstätige in Deutschland in 1.000

— Mai 2008 – Mai 2009 — Mai 2009 – Mai 2010



Quelle: Statistisches Bundesamt

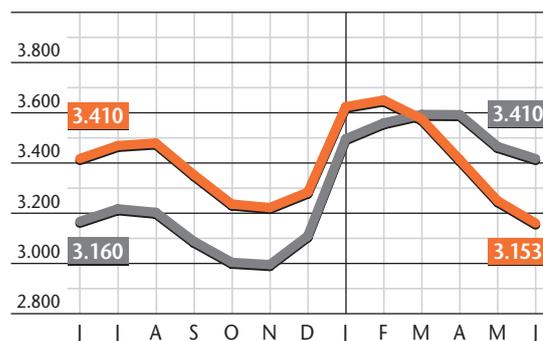
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien · iwd 27

Arbeitslosigkeit

Arbeitslose in Deutschland in 1.000

— Juni 2008 – Juni 2009 — Juni 2009 – Juni 2010



Quote	West	Ost	
2009	J	6,9	12,9
	J	7,0	12,9
	A	7,1	12,8
	S	6,9	12,3
	O	6,6	11,8
	N	6,6	11,8
	D	6,7	12,1
2010	J	7,4	13,5
	F	7,4	13,7
	M	7,2	13,5
	A	6,9	12,7
	M	6,6	12,1
	J	6,5	11,6

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien · iwd 27

Lohnstückkosten

Die Wettbewerbsfähigkeit wahren

Die Wirtschaftskrise hat weltweit vor allem die Industrie hart getroffen – die Wirtschaftsleistung des Verarbeitenden Gewerbes ist in den etablierten Volkswirtschaften um bis zu 36 Prozent gesunken. Der Arbeitsmarkt reagierte darauf allerdings höchst unterschiedlich. So erlitt die deutsche Industrie unter den besonders rezessionsgeschädigten Ländern den geringsten Verlust an Arbeitsplätzen. Dafür musste sie aber hinter Luxemburg den stärksten Anstieg der Lohnstückkosten verkraften.

Der Maschinenbau blieb auf seinen Anlagen sitzen, es rollten weniger Lastwagen auf die Straße und auch bei Ausrüstungsgütern und anderen größeren Anschaffungen blieben die Bestellungen oft aus – die Wirtschaftskrise hat dafür gesorgt, dass nur noch wenige Aufträge die Bücher der Industrieunternehmen füllten und die Betriebe weltweit große Verluste verbuchten (Grafik).

Deutschland zählt zu den stark gebeutelten Ländern: Im Schlussquartal 2009 lag die Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes um 20 Prozent unter dem Vorkrisenniveau. Einzig an Polen ist die Krise offenbar spurlos vorbegegangen.

Dort war die Wirtschaftsleistung Ende 2009 sogar etwas höher als Anfang 2008.

Völlig unterschiedlich reagierte auch der Arbeitsmarkt in den Industrieländern:

Bei ungefähr gleich starkem wirtschaftlichen Minus brach in Spanien die Beschäftigung um 20 Prozent ein, in Deutschland und Luxemburg betrug der Rückgang nur 4 Prozent.

Verglichen mit allen Staaten, deren Wirtschaftsleistung abgerutscht ist, sah es damit in der Bundesrepublik in Sachen Beschäftigung am besten aus. Die USA und Dänemark etwa verzeichneten ein Minus von 15 Prozent bei der Erwerbstätigenzahl – trotz schwächerer Rezession.

Die weitgehende Krisenresistenz des deutschen Arbeitsmarkts – im Ausland als deutsches Beschäftigungswunder bestaunt – hat allerdings ihre Kehrseiten. Denn wenn die Wertschöpfung stärker sinkt als die Zahl der Erwerbstätigen, geht zwangsläufig die Produktivität zurück. Verringern sich dann nicht gleichzeitig auch die Arbeitskosten, wird die Arbeit je Produkteinheit entsprechend teurer – die sogenannten Lohnstückkosten steigen also. Damit ist klar: Ein Unternehmen, das in einer konjunkturellen Flaute seine Beschäftigung halten will, läuft Gefahr, aufgrund höherer Kosten seine Wettbewerbsfähigkeit einzubüßen.

Deutschland hat versucht, diesen Zusammenhang durch Arbeitszeitverkürzung zumindest etwas aufzubrechen:

Die geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätigen verringerte sich hierzulande durch Überstundenabbau, Ausgleich von Arbeitszeitkonten und staatlich geförderte Kurzarbeit seit dem Krisenausbruch um 8 Prozent.

Die Produktivität der Beschäftigten sank so im Schnitt um 16 Prozent. Die Arbeitskosten je Mitarbeiter schrumpften jedoch nur geringfügig – auf die geleistete Stunde umgerechnet wurde jeder Beschäftigte sogar um gut 5 Prozent teurer, was dazu führte, dass die Lohnstückkosten in Deutschland um 16 Prozent emporgeschwungen sind (Grafik Seite 5).

Auch in anderen Ländern mit starkem Produktivitätsrückgang sind die Lohnstückkosten meist deutlich gestiegen. Denn in den meisten Volkswirtschaften wollten Unternehmen die Löhne ihrer Belegschaften nicht kürzen, um Beschäftigungssicherung und Erhalt der Kostenwettbewerbsfähigkeit unter einen Hut zu bringen.

So kletterten zum Beispiel in Italien die Lohnstückkosten bei einem Produktivitätsabfall von 14 Prozent um 13 Prozent – der leichte Rückgang der Arbeitskosten von knapp 3 Prozent wirkte also nur wie ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ganz anders dagegen steuerten Dänemark, die USA und die Slowakei durch

Arbeitsmarkt: Unterschiedliche Krisenfolgen

Veränderung zwischen dem ersten Quartal 2008 und dem vierten Quartal 2009 im Verarbeitenden Gewerbe in Prozent

	Reale Bruttowertschöpfung	Zahl der Erwerbstätigen
Lettland	-36,5	-23,4
Estland	-29,7	-18,2
Finnland	-21,3	-12,0
Luxemburg	-21,2	-4,2
Spanien	-20,1	-19,6
Litauen	-20,0	-17,2
Italien	-19,8	-6,9
Deutschland	-19,6	-4,1
Slowakei	-17,4	-18,0
Tschechien	-16,8	-7,4
Slowenien	-16,3	-13,5
Frankreich	-14,2	-7,2
USA	-12,7	-15,1
Dänemark	-11,3	-15,5
Griechenland	-11,1	-6,1
Österreich	-11,0	-6,5
Niederlande	-8,2	-4,5
Polen	1,4	0,6

Saisonbereinigt
 Ursprungsdaten: Eurostat, U.S. Department of Labor

 Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

die konjunkturellen Turbulenzen – in diesen Ländern übertraf der Stellenabbau prozentual sogar noch den Rückgang der Wirtschaftsleistung an Intensität. Die Folge: eine gestiegene Produktivität – und eine günstige Lohnstückkostenentwicklung. Die USA hielten beispielsweise den Anstieg der Kosten je Produkteinheit mit knapp 3 Prozent in engen Grenzen, Dänemark konnte seine Lohnstückkosten sogar leicht senken.

Die Frage ist nun: Spricht aus dem System der schnellen Beschäftigungsanpassung à la Amerika der unbarmherzige Turbo-Kapitalismus und ist daher die sanftere Variante der Beschäftigungssicherung à la Deutschland zu bevorzugen? Um dies zu beantworten, muss man sich klarmachen, welche Kosten durch die verschiedenen Anpassungsstrategien an den Konjunkturereinbruch entstehen:

- Entlassungen bedeuten für die Betroffenen einen Einkommensverlust, der umso höher ist, je niedriger das Arbeitslosengeld und eine eventuelle Abfindung ausfallen. Aber auch die Unternehmen kommen nicht ungeschoren davon, denn sie müssen oft Entlassungsentschädigungen zahlen und haben überdies – wenn der Aufschwung wieder in Fahrt kommt – Kosten für die Einstellung und Einarbeitung neuer Mitarbeiter zu tragen. Auch der Staat muss seinen Beitrag leisten, zahlt er doch auf der einen Seite die Lohnersatzleistungen und muss auf der anderen Seite auf Beitrags- und Steuereinnahmen verzichten.

- Die Kurzarbeit kann ebenfalls in ein Dilemma führen. Die Einkommenseinbußen werden zwar auf mehr Köpfe verteilt als beim Personalabbau und die Unternehmen sparen sich die Kosten für Entlassung und Wiedereinstellung. Allerdings hat der Staat im Prinzip ähnliche Aufwendungen wie bei der Versorgung Arbeitsloser.

Das besondere Problem der Kurzarbeit zeigt sich auf lange Sicht: Bleiben alle Beschäftigten in ihrem Betrieb, stützt die Kurzarbeit letztlich auch jene Firmen, die de facto gar nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Unternehmen, die schnell wachsen könnten und wollen, finden dann nur schwer neue Mitarbeiter, sodass Wachstumspotenziale ungenutzt bleiben und die Wirtschaftsdynamik gebremst wird.

Lohnstückkosten: Zuletzt meist stark gestiegen

Veränderung zwischen dem ersten Quartal 2008 und dem vierten Quartal 2009 im Verarbeitenden Gewerbe in Prozent

	Produktivität	Arbeitskosten	Lohnstückkosten
Luxemburg	-17,7	-2,3	18,8
Lettland	-17,1	-5,7	13,7
Deutschland	-16,2	-3,0	16,1
Estland	-14,0	0,9	8,2
Italien	-13,9	-2,6	13,1
Finnland	-10,5	-1,6	10,8
Tschechien	-10,1	-6,2	3,8
Frankreich	-7,5	2,9	11,4
Griechenland	-5,4	4,1	10,0
Österreich	-4,8	4,6	10,1
Niederlande	-3,8	1,5	5,5
Litauen	-3,4	-5,7	-2,8
Slowenien	-3,3	4,4	7,9
Spanien	-0,6	11,2	12,5
Slowakei	0,7	7,5	5,8
Polen	0,8	-3,4	-4,3
USA	2,9	5,8	2,9
Dänemark	4,9	4,4	-0,5

Saisonbereinigt; Produktivität: reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen; Arbeitskosten: je Arbeitnehmer; Lohnstückkosten: Verhältnis von Arbeitskosten (je Stunde beziehungsweise je Beschäftigten) und Produktivität (je Stunde beziehungsweise je Erwerbstätigen); Ursprungsdaten: Eurostat, U.S. Department of Labor

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

- Schließlich kann ein Unternehmen auch einfach höhere Lohnstückkosten in Kauf nehmen. Arbeitnehmer und Staat bleiben dann von Anpassungslasten zunächst weitgehend unbehelligt.

Steigende Lohnstückkosten beeinträchtigen aber die Wettbewerbsfähigkeit und lassen die Gewinne des Unternehmens schrumpfen.

Dies kann ebenfalls Investitions- und Wachstumschancen blockieren und Firmen in die Pleite treiben – am Ende kommt also auch in dieser Version der Arbeitsmarkt nicht ohne Blessuren davon.

Wie auch immer auf die Wirtschaftskrise reagiert wird, ist also eine Frage des kleinsten Übels. Und das hängt stark von den institutionellen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Staaten ab.

In Dänemark und den USA beispielsweise sind Kündigungen sowohl leichter durchsetzbar als auch mit niedrigeren Kosten verbunden. Dadurch müssen die Unternehmen keine hohen Kosten für Entlassungen schultern; im Aufschwung trauen sich die Betriebe auch schneller wieder, neue Mitarbeiter einzustellen. Zudem sind Arbeitslose in Dänemark finanziell gut abgesichert und können daher die Erwerbslosigkeit verkraften,

ohne gleich um ihren Lebensstandard fürchten zu müssen.

Ganz anders ist die Situation in Deutschland: Regulierte Arbeitsmärkte und hohe Abfindungen machen Entlassungen vergleichsweise teuer – deshalb zögern Betriebe oft, direkt wieder die Belegschaft aufzustocken, wenn die Konjunktur anzieht. Da zudem hierzulande Fachkräfte knapp werden, sind die deutschen Industrieunternehmen – unterstützt durch das Kurzarbeitergeld – in der Wirtschaftskrise von vornherein einen anderen Weg gegangen: Sie haben die Arbeitszeit gedrosselt und steigende Lohnstückkosten in Kauf genommen. Leichter gemacht wurde dies den Betrieben durch die moderaten Tarifabschlüsse der Vergangenheit, die die Lohnstückkosten zwischen 2003 und 2007 um knapp 10 Prozent gesenkt haben.

Zu hohe Lohnstückkosten kann sich die deutsche Industrie allerdings nicht auf Dauer erlauben, wenn sie mit der ausländischen Konkurrenz mithalten will. Und auch die Kurzarbeit kann nicht beliebig verlängert werden, vor allem da sonst der Strukturwandel behindert wird.

Tourismus

Auf dem Erholungstrip

Die internationale Reisebranche blickt auf ein schlechtes Jahr 2009 zurück. Die Rezession in vielen Ländern hat die Zahl der Reisenden weltweit um fast 40 Millionen sinken lassen. Fast alle großen Ferienländer verbuchten weniger Gäste. Auch nach Deutschland kamen nicht mehr so viele Touristen wie in den Vorjahren. Auf der anderen Seite ließen die Bundesbürger selbst ebenfalls weniger Geld für Auslandstrips springen. Ungeachtet dieser Krisenauswirkungen ist der globale Tourismus allerdings längerfristig kräftig gewachsen.

Wachstumsschwächen hin, Schuldenkrise her – ihre Reiselust wollen sich die Menschen in diesem Jahr offenbar nicht wieder von der schwierigen Wirtschaftslage verderben lassen. Nach ersten Schätzungen der Welttourismusorganisation der Vereinten Nationen dürfte die Zahl der Ankünfte von Touristen aus anderen Ländern 2010 weltweit um 3 bis 4 Prozent steigen. Allein im Januar und Februar betrug der Zuwachs gegenüber dem Vorjahreszeitraum bereits etwa 7 Prozent.

Im vergangenen Jahr hatte die globale Rezession der Tourismusbranche allerdings mächtig zugesetzt. Die wichtigsten Trends:

Globale Gästezahlen

Im Jahr 2009 konnten die Ferienorte und Städte weltweit nur noch 880 Milli-

onen Gäste begrüßen – das waren fast 40 Millionen oder 4,2 Prozent weniger als im Rekordjahr 2008.

Von diesem Krisenknick einmal abgesehen haben Urlauber und Geschäftsleute jedoch auf längere Sicht ihre Reiseaktivitäten deutlich ausgedehnt. Verglichen mit dem Jahr 2000 gab es im vergangenen Jahr weltweit fast 200 Millionen oder nahezu 30 Prozent mehr Ankünfte internationaler Gäste. Dabei konnten alle Regionen punkten – wenn auch unterschiedlich stark (Grafik):

Das größte Besucherplus verbuchte der Nahe Osten – mit 53 Millionen zählte die Region 2009 mehr als doppelt so viele Gäste wie im Jahr 2000.

Auch Afrika sowie der asiatisch-pazifische Raum konnten sich über einen deutlich größeren Zuspruch freuen – dort

machten zuletzt 76 bzw. 64 Prozent mehr Menschen Urlaub oder eine Geschäftsreise als zu Beginn des Jahrzehnts. Der afrikanische Kontinent war zudem der einzige, der sogar im Krisenjahr 2009 gut 3 Prozent mehr Touristen zählte.

Europa und Amerika haben in der Gunst von Erlebnishungrigen und Erholungssuchenden zwar langfristig ebenfalls zugelegt, aber in geringerem Maße. So kamen in europäischen Hotels, Gasthöfen etc. im vergangenen Jahr 68 Millionen oder gut 17 Prozent mehr ausländische Reisende unter als im Jahr 2000. Nord-, Süd- und Mittelamerika zogen längerfristig knapp 12 Millionen bzw. gut 9 Prozent zusätzliche Touristen an.

Gerade die Wirtschaftsflaute des vergangenen Jahres setzte diesen klassischen Reiseregionen zu – in Europa sank die Zahl der Gästeankünfte um 5,6 Prozent, in Amerika um 4,7 Prozent.

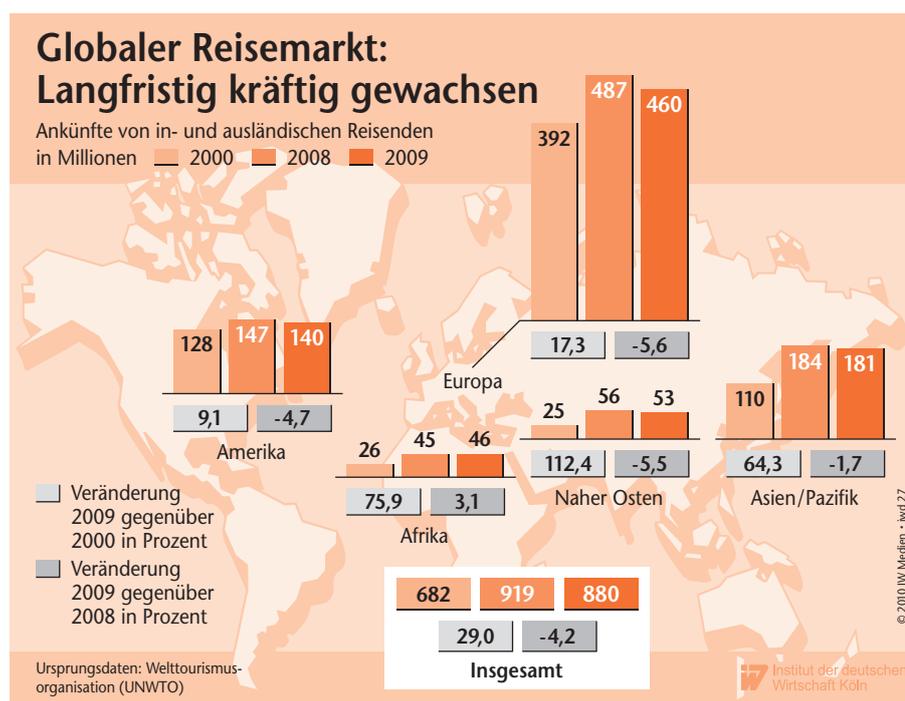
Die beliebtesten Reiseziele

Auch der Blick auf die stärksten Touristenmagnete zeigt die Auswirkungen der jüngsten konjunkturellen Turbulenzen (Grafik Seite 7):

Von den zehn weltweit beliebtesten Reiseländern konnten 2009 nur die Türkei (plus 1,5 Prozent) und Italien (plus 0,5 Prozent) mehr ausländische Sonnenanbeter und Geschäftsreisende willkommen heißen als 2008.

Die anderen touristischen Hotspots mussten dagegen herbe Rückschläge hinnehmen – wobei das Minus in Spanien mit 9,4 Prozent am größten war. Selbst das aufstrebende Reiseland China zählte 4,7 Prozent weniger Besucher aus dem Ausland. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass das Reich der Mitte 2008 aufgrund der Olympischen Spiele in Peking besonders viele Sportfans angezogen hatte.

Deutschland – auf der internationalen Reise-Hitliste zuletzt immerhin auf Platz acht – kam relativ glimpflich durch die Krise. Mit 24,2 Millionen gab es 2009 nur 2,8 Prozent weniger ausländische Gäste, die Städte wie Berlin und Heidel-



berg besuchten oder sich am Meer oder in den Alpen erholten.

Deutsche Tourismusbilanz

Dennoch nahm die Bundesrepublik im vergangenen Jahr mit 24,9 Milliarden Euro 8,5 Prozent weniger aus dem Tourismus ein als 2008 (Grafik). Dass die schon traditionell defizitäre deutsche Tourismusbilanz nicht noch tiefer in die roten Zahlen schlitterte, lag an den ebenfalls sinkenden Ausgaben:

Mit 58 Milliarden Euro ließen die Bundesbürger 2009 gut 6 Prozent weniger für Auslandstrips springen als ein Jahr zuvor.

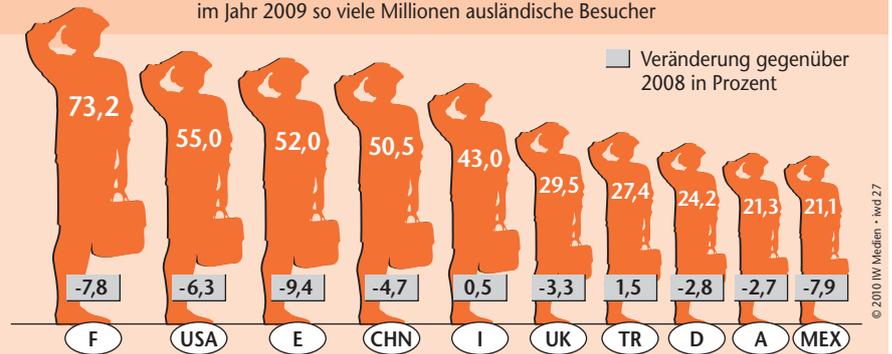
Der Titel des Reiseweltmeisters blieb trotzdem im Lande – die US-Amerikaner auf Platz zwei gaben 2009 insgesamt fast 10 Prozent weniger für Urlaube in anderen Ländern aus als die Deutschen; Briten und Chinesen auf den Rängen drei und vier hatten sogar 40 bzw. 46 Prozent weniger für Reisen über die Grenze übrig.

Urlaubsziele der Bundesbürger

Dass Otto Normalverbraucher und Lieschen Müller ihr Fernweh zügelnd

Reiseziele: Frankreich bleibt en vogue

Die zehn weltweit beliebtesten Reiseländer zählten im Jahr 2009 so viele Millionen ausländische Besucher



CHN = China, TR = Türkei; Quellen: Deutscher Reiseverband (DRV), Welttourismusorganisation (UNWTO)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

mussten, lässt sich an der Zahl ihrer Urlaubsreisen ablesen (Tabelle). Insgesamt ließen die Deutschen im vergangenen Jahr 75,5 Millionen Mal für mindestens fünf Tage den Alltag hinter sich – das waren 3 Prozent weniger Touren als 2008. Dabei ging der Trend verstärkt hin zu Ferien in der Heimat, wo nach wie vor die beliebtesten Urlaubsgebiete liegen:

Mit 30,1 Millionen stieg die Zahl der Urlaubsreisen zu innerdeutschen

Zielen im vergangenen Jahr um 1 Prozent – damit entspannten sich die Deutschen zu fast 40 Prozent im eigenen Land.

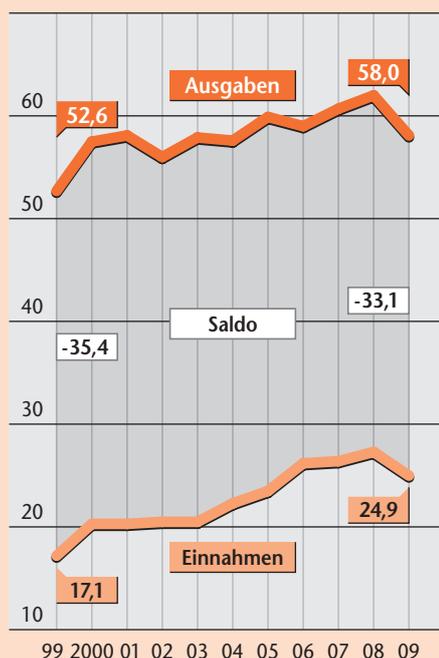
Deutlich seltener als zuvor zog es die Bundesbürger dagegen an die Strände und in die Städte am Mittelmeer. Noch knapp 22 Millionen fünf- oder mehrtägige Reisen führten 2009 in die südlichen Gefilde zwischen Alicante und Antalya – 6,4 Prozent weniger als im Jahr 2008.

Auch die anderen Gegenden Europas – etwa Österreich, Frankreich und die Beneluxländer – konnten die Deutschen nicht mehr so stark locken. Dorthin führten zuletzt 4 Prozent weniger Urlaubsfahrten und -flüge als 2008. Etwas kleiner war das Minus mit gut 2 Prozent bei den Fernreisen. In den USA und Kanada verbrachten 2009 sogar genauso viele „Germans“ ihre arbeitsfreien Wochen wie im vorangehenden Jahr.

Das eigene Land als Ferientziel zu wählen, war 2009 im Übrigen keine deutsche Besonderheit. Laut einer Eurobarometer-Umfrage aus dem vergangenen Herbst wollten fast die Hälfte aller EU-Bürger während ihres Haupturlaubs in heimatlichen Regionen bleiben oder hatten dies bereits getan – gegenüber 2008 entspricht dies einem Plus von 5 Prozentpunkten.

Tourismus: Deutschland schreibt rote Zahlen

Einnahmen und Ausgaben Deutschlands im grenzüberschreitenden Reiseverkehr in Milliarden Euro



Quelle: Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Viele Deutsche bleiben im Lande

So viele Millionen fünf- oder mehrtägige Urlaubsreisen der Bundesbürger im Jahr 2009 hatten dieses Ziel

Deutschland	30,1
darunter: Nord-/Ostsee	9,4
Bayern/Baden-Württemberg	8,8
Mittelmeer	21,8
darunter: Italien	6,4
Balearen	3,1
Türkei	3,1
Spanisches Festland, Portugal	2,4
Kanarische Inseln	2,2
Griechenland	1,9
Nordafrika	1,9
Europa	19,0
darunter: Österreich	5,2
Dänemark, Beneluxländer	3,9
Vereinigtes Königreich, Irland, Skandinavien	3,9
Frankreich	2,1
Fernziele	4,7
darunter: USA, Kanada	1,8
Mittel- und Südamerika, Karibik	0,7
Insgesamt	75,5

Quelle: Deutscher Reiseverband (DRV)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Agrarpolitik

Ende der Bananenschlacht

Lange Zeit hat die EU von einigen Ländern hohe Importzölle für Bananen verlangt, wofür sie von der Welthandelsorganisation mehrfach verurteilt wurde. Nun ist der Disput endlich zur mehr oder weniger großen Zufriedenheit aller gelöst. Auch die Verbraucher können sich freuen – denn die Preise für Bananen dürften über kurz oder lang purzeln.

Der Bananenmarkt ist lukrativ: Die 2008 insgesamt in der EU gehandelten Bananen hatten einen Wert von 2,9 Milliarden Euro. Kein Wunder, dass der Zugang zu diesem Markt hart umkämpft ist. Fast zwei Jahrzehnte lang tobte ein regelrechter Kampf um die krumme Frucht, doch nun ist ein Ende in Sicht: Die Europäische Union will ihre Importzölle für Bananen aus Lateinamerika sukzessive senken. Bislang mussten Länder wie Ecuador, Kolumbien oder Costa Rica, aus denen fast drei Viertel aller in die Staatengemeinschaft eingeführten Bananen stammen, einen Einfuhrzoll von 176 Euro je Tonne entrichten. Gelbe Früchte aus den AKP-Ländern – also aus Afrika, den Karibik- und den Pazifikstaaten – konnten hingegen ganz ohne Aufschlag importiert werden.

Diese Ungleichbehandlung hat zum längsten Handelsstreit der Nachkriegszeit geführt. Bereits 1991, als einige EU-Länder noch ihre eigenen Importregeln für Bananen festsetzen konnten, beklagte sich Costa Rica, dass die Diskriminierung von Bananexporten aus zentralamerikanischen Staaten gegen die Prinzipien der Welthandelsorganisation (WTO) verstoße. Im Jahr 1993 verurteilte die WTO

Bananen aus Lateinamerika spätestens bis zum Jahr 2019 schrittweise auf 114 Euro pro Tonne zu senken.

Weitere bilaterale Handelsabkommen werden dafür sorgen, dass die EU vom Gros der diskriminierten Staaten peu à peu nur noch einen Einfuhrzoll von 75 Euro je Tonne verlangt. Im Gegenzug dafür haben die Länder Lateinamerikas zugesagt, sämtliche Klagen bei der WTO zurückzuziehen und bei der laufenden Welthandelsrunde keine weiteren Zugeständnisse beim Abbau der Bananenzölle zu fordern.

Der Zollabbau, für den sich die Lateinamerikaner so lange eingesetzt haben, dürfte die AKP-Staaten allerdings empfindlich treffen (Grafik):

Trotz ungehinderten Zugangs kamen im Jahr 2008 nur 17 Prozent aller in die EU importierten Bananen aus AKP-Staaten. Das Abkommen wird die Importquote voraussichtlich weiter drücken. Experten gehen davon

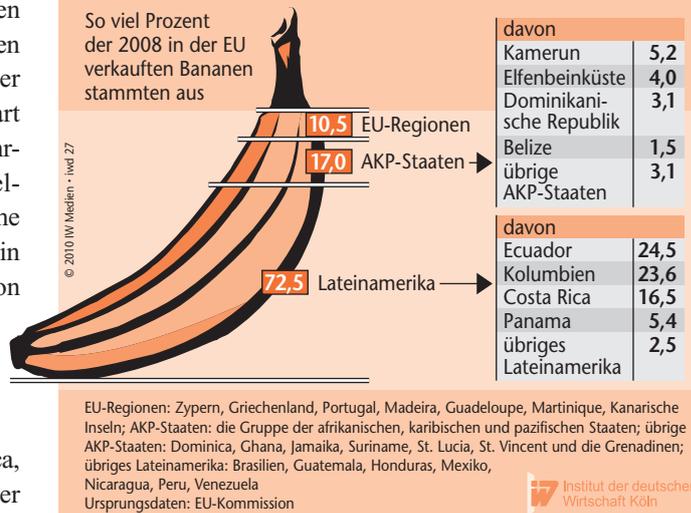
aus, dass die Exporte der vitaminreichen Früchte aus diesen Ländern in den nächsten Jahren um rund 14 Prozent sinken dürften.

Um den Konkurrenzdruck für die afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten zu mildern, hat die EU-Kommission Wirtschaftshilfen in Höhe von circa 200 Millionen Euro lockergemacht. Mit diesem Geld soll die Wettbewerbsfähigkeit der AKP-Produzenten gesteigert beziehungsweise die Diversifizierung auf andere Branchen und Produkte vorangetrieben werden.

Für die Verbraucher in der EU dürfte der Abbau der Bananenzölle auf jeden Fall einen angenehmen Nebeneffekt haben: Die lateinamerikanischen Schalenfrüchte werden künftig wohl billiger zu haben sein.

Vitamine aus dem Süden

So viel Prozent der 2008 in der EU verkauften Bananen stammten aus



daraufhin die Bananenordnung einzelner EU-Länder erstmals als regelwidrig. Ein Jahr später, nachdem die Mitgliedsstaaten der EU ihre Importregeln vereinheitlicht hatten, sprach sich die WTO wiederum gegen die Bananenzölle aus.

Und auch die Korrekturen, die die EU in den folgenden Jahren an ihren Einfuhrregeln für Bananen vornahm, reichten den Weltmarktwächtern nicht aus: Mehrfach wurde die Staatengemeinschaft wegen ihrer die lateinamerikanischen Länder benachteiligenden Agrarpolitik verurteilt.

Dazu wird es jedoch künftig keinen Anlass mehr geben. Die problematischen Handelshürden werden in den kommenden Jahren schrittweise abgebaut:

Die aktuelle europäische Agrarmarktordeung sieht vor, den Zoll für

Für Adressaufkleber